

Presseinformation

Potsdam, 29.03.2017

Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe eröffnet in Potsdam - Hilfe für Betroffene aus Psychiatrien und Behinderteneinrichtungen

Die Anlauf- und Beratungsstelle der Stiftung Anerkennung und Hilfe für das Land Brandenburg nimmt am kommenden Montag, den 3. April 2017, in Potsdam ihre Arbeit auf. Menschen, die als Minderjährige in der Bundesrepublik bis 1975 und in der DDR bis 1990 in Psychiatrien und Behindertenheimen Leid und Unrecht erfahren, erhalten hier Beratung und Unterstützung. Details stellte Sozialministerin **Diana Golze** und die Aufarbeitungsbeauftragte **Ulrike Poppe** heute der Öffentlichkeit vor.

In der Bundesrepublik lebten zwischen 1949 und 1975 ca. 116.100 und in der DDR zwischen 1949 und 1990 rund 139.900 Mädchen und Jungen in stationären Einrichtungen der Psychiatrie und Behindertenhilfe.

Bund, Länder und Kirchen wollen diesen Menschen helfen. Sie errichteten am 1. Januar 2017 die Stiftung Anerkennung und Hilfe. Die gemeinnützige Stiftung wurde mit insgesamt 288 Millionen Euro ausgestattet. Das Land Brandenburg beteiligt sich mit 7,9 Millionen Euro an der Finanzierung. **Diana Golze**: „Menschen, die Leid und Unrecht erlitten haben, benötigen sensible Beratung und Unterstützung. Die Stiftung kann das erlebte Unrecht nicht ungeschehen machen. Aber sie erkennt das erlittene Leid an und unterstützt die Betroffenen auch finanziell.“

Die Aufgaben der Stiftung nehmen regionale Anlauf- und Beratungsstellen in den Bundesländern wahr. Im Land Brandenburg hat die Dienststelle der Aufarbeitungsbeauftragten, Ulrike Poppe, die Trägerschaft dafür übernommen. **Ulrike Poppe** sagte: „Wir wollen denjenigen gute Ansprechpartner sein und Unterstützung bieten, die als Kinder und Jugendliche den teilweise unwürdigen Bedingungen in stationären psychiatrischen und Behinderteneinrichtungen ausgeliefert waren. Zugleich werden wir dazu beitragen, geschehenes Leid und Unrecht aufzuarbeiten.“

Die Lebensbedingungen in vielen Einrichtungen, die häufig auch einen geschlossenen Charakter hatten, waren belastend und entwürdigend. Fehlendes und we-

nig qualifiziertes Personal, eine lieblose Atmosphäre, große Schlafsäle, keine private Rückzugsmöglichkeit und schlechte sanitäre Verhältnisse gehörten zum Alltag. Es mangelte an Therapie- und Förderungsmöglichkeiten. Ein Teil der Betroffenen leidet bis heute unter den Folgen der damaligen Unterbringung. Hospitalisierungsschäden, Nebenwirkungen der hoch dosierten Medikamente und schwere psychische Belastungen gehören dazu.

In der Potsdamer Anlauf- und Beratungsstelle in Potsdam werden den Betroffenen mit Wohnsitz im Land Brandenburg persönliche Beratung und Hilfe angeboten. Zudem können sie eine einmalige pauschale Geldleistung zur Verbesserung der Lebenssituation sowie Rentenersatzleistungen erhalten.

Die telefonischen Sprechzeiten sind:

Dienstag, Donnerstag, Freitag 9 bis 13 Uhr
Donnerstag 13 bis 17 Uhr

Adresse: Am Stellwerk 1, 14473 Potsdam
Telefon: 0331 237 292-60
Fax: 0331 237 292-66
E-Mail: anerkennung.hilfe@lakd.brandenburg.de
Internet: www.aufarbeitung.brandenburg.de
www.stiftung-erkennung-hilfe.de

**Ministerium für Arbeit,
Soziales, Gesundheit,
Frauen und Familie**

Pressestelle

**Beauftragte des Landes Bran-
denburg zur Aufarbeitung der
Folgen der kommunistischen
Diktatur**